

# Kund um Boppard

vom 13.02.2015

## Leserbriefe

Leserbriefe stellen die Ansicht des Einsenders dar. Die Redaktion behält sich nicht sinnentstellende Kürzungen vor. Für die Richtigkeit des Inhalts sind die Einsender selbst verantwortlich.



### Nachlese zur Römertherme

Der neuen Mehrheit im Bopparder Stadtrat ist es zu verdanken, dass der Bopparder Bürgerschaft endlich ungeschminkte Fakten zur geplanten Römertherme präsentiert wurden. Hätte die neue Mehrheit von ihrem Antragsrecht, das Rechnungshof-Gutachten in öffentlicher Sitzung zu behandeln, keinen Gebrauch gemacht, wären die durchweg negativen Einschätzungen von unabhängigen Architektur-Fachleuten für die breite Öffentlichkeit ebenso in der Versenkung verschwunden, wie alle bisherigen Gutachten auch, die sich kritisch mit der Römertherme befassten.

Den Mandatsträgern von CDU/FWG/Die Grünen/FDP gebührt für ihr mutiges Abstimmungsverhalten im Bopparder Stadtparlament Respekt und Anerkennung. Die Mehrheitsgruppe hat im Sinne des Gemeinwohls verantwortungsbewusst gehandelt und alles richtig gemacht - und das bei vager Informationslage. Sowohl die Ablehnung weiterer Planungskosten in Höhe von 1 Million EURO im Ursprungsentwurf des Nachtragshaushaltes 2014 als auch die Verweigerung einer Mittelbereitstellung von rd. 18 Millionen EURO für den Bau der Römertherme im Haushaltsplanentwurf 2015, waren sachlich geboten und unumgänglich.

Da werkelte ein Bürgermeister an seinem Lieblingsobjekt noch im Oktober und November letzten Jahres unverdrossen weiter, so als ob nichts gewesen wäre, obwohl ihm vom Landesrechnungshof in Speyer gemeinsam mit der Kreisverwaltung und dem Innenministerium bedeutet wurde, dass die Stadt Boppard aus finanziellen Gründen weder den Bau der Römertherme stemmen, noch folgerichtig die Gewährung eines Lan-

deszuschusses erwarten könne.

Kein Sterbenswörtchen gelangte davon an die breite Öffentlichkeit. Noch im Abstimmungsprozess zur Verabschiedung des Haushaltsplanes 2015, in der die neue Ratsmehrheit die finanziellen Vorstellungen der Verwaltungsspitze letztlich verwarf und eigene finanzielle Akzente für ein Schwimmbad (zur Grundversorgung) setzte, unternahm der Bürgermeister den vergeblichen Versuch, den erhofften Landeszuschuss als Druckmittel für seine Position einzusetzen.

Nach diesem Schlamassel muss die Frage erlaubt sein, welches Demokratieverständnis die Mandatsträger besitzen, die jahrelang das negative Ergebnis des Bürgerentscheids zur Römertherme mit Füßen getreten haben? Schade um die bisher vergeigten über 3 Millionen Euro. Mit diesem Betrag hätte das Hallenbad der Stadt locker über Jahre betriebsbereit gehalten werden können. Damit wäre die von allen Parteien grundsätzlich befürwortete Grundversorgung mit einem Hallenbad sicherzustellen gewesen - bei einem überschaubaren jährlichen Defizit.

Römertherme/Monte Mare, eine schier endlose Geschichte. Aus aktuellem Anlass hat Klaus Thomas in seinem Leserbrief in RuB vom 23. Januar 2015 den Finger in die Wunde der Bopparder Stadtpolitik gelegt: Öffentlichkeit im Stadtrat und in den Ausschüssen. Zugrunde lag die Tagesordnungsfinesse des Bürgermeisters, die für ihn unangenehme Diskussion über die nachgeschobene Planungskostenrechnung der Fa. Monte Mare möglichst nicht in breiter Öffentlichkeit austragen zu müssen. Und hier zog der Bürgermeister alle Register seines vermeint-

lichen Könnens. Über die amtlich bekanntgemachte, wenig interessante Tagesordnung hinaus und entgegen aller Gepflogenheiten und gesetzlicher Empfehlungen, schob er diesen Tagesordnungspunkt sofort in den öffentlichen Teil der Hauptausschusssitzung am 6. Januar 2015, in der Absicht, ihn in der darauffolgenden Stadtratsitzung am 19. Januar 2015 im nichtöffentlichen Teil vor breiter Öffentlichkeit verstecken - und ggf. in seinem Sinne regeln - zu können. So kam es denn auch. Unklar bleibt, warum die neue Mehrheit unter Beachtung der Geschäftsordnung nicht beantragte, diesen Tagesordnungspunkt in den öffentlichen Teil zu verlegen. In sachlicher Hinsicht hatte der Bürgermeister die Rechnung - wie bekannt - letztlich ohne den Wirt gemacht, denn die Mittel wurden zunächst nicht freigegeben.

Die neue Mehrheit im Bopparder Stadtrat propagiert Öffentlichkeit, Offenheit und Transparenz. Sie hat das Instrumentarium an der Hand, die Bestimmungen der Gemeindeordnung, der Hauptsatzung und der Geschäftsordnung konsequent durchzusetzen. Dazu gehört auch die Umsetzung der Soll-Bestimmung der Gemeindeordnung, wonach der Bürgermeister „die Einwohner über die Ergebnisse der Ratssitzungen in geeigneter Form unterrichten“ soll - und die von vielen anderen Kommunen auch so praktiziert wird. Dies gilt sowohl für die Ergebnisse öffentlicher wie auch nichtöffentlicher Sitzungen und für Rats- und Ausschusssitzungen gleichermaßen.

Gelebte Demokratie bedeutet, die Bürgerschaft einzubeziehen und mitzunehmen. Dies gilt ohne Einschränkung auch für Boppard.

*Henning Haag, Buchholz*